

Bundes- und Europapolitik

Mitgliederinfo

In den vergangenen Monaten und Wochen erlebten wir im Windschatten der großen Krisen um Corona, Ukraine-Krieg und Energieknappheit viele gesellschaftspolitische Aufreger, die Aufmerksamkeit verdienen. Denn sie stehen für eine bedenkliche Entwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens. Dieser Infobrief besteht daher aus zwei Segmenten: Am Anfang folgen wir der Regel, einzelne aktuelle politische Entwicklungen zu thematisieren. Im zweiten Teil widmet er sich aufbauend an einzelnen Beispielen fundamentalen gesellschaftlichen Herausforderungen und den Fragen: Wohin steuert unsere Gesellschaft, wie stehen FREIE WÄHLER dazu und wie können wir uns gegebenenfalls wehren?

- 1) Auch DIE ZEIT sieht mögliche Bundestagssitze für die FREIEN WÄHLER
- 2) Ein Prosit auf bayerisches Verhandlungsgeschick
- 3) Was tun gegen die hohe Inflation?
- 4) Photosynthese 2.0 zur Klimarettung – Ein Upgrade für die Natur
- 5) Verteidigung des Anstößigen – wider einer intoleranten Identitätspolitik



NR. 12, 30. JULI 2022

Bernd Barutta, FW Landesvereinigung
Baden-Württemberg

Auch DIE ZEIT sieht mögliche Bundestagssitze für die FREIEN WÄHLER

Koalition will im Herbst über neues Wahlrecht entscheiden / Union „tobt“

In der letzten Ausgabe des Info-Briefes wurde spekuliert: Bei der **Bundestagswahl** 2021 hätten die **FREIEN WÄHLER Abgeordnetensitze** gewonnen, wenn bereits zu diesem Zeitpunkt, nach dem nun zur Diskussion vorgelegten Wahlrechtsentwurf gewählt worden wäre: „Bei der letzten Bundestagswahl hätten vermutlich in **mindestens zwei bis drei Wahlkreisen** die Kandidaten unserer Partei das beste Ergebnis nach der Addition von Erst- und Ersatzstimmen¹ erzielt. Die Annahme ist: CSU-Wähler geben ihre Ersatzstimme wahrscheinlich einer anderen bürgerlichen Partei.“

Lenz Jacobsen von der Wochenzeitung **DIE ZEIT** sieht es ähnlich. Er benennt für Bayern **zwei Profiteure**, würde das neue Wahlrecht 2025 in Kraft treten. Er schreibt in der Online-Ausgabe vom 7. Juli 2022: „Statt des verhinderten CSU-Kandidaten würde in Bayern also beispielsweise ein **Grüner oder eine Vertreterin der Freien Wähler** den (nicht an die CSU zugeteilten) Wahlkreis vertreten.“

Die Koalitionsparteien wollen im **September 2022 den Gesetzgebungsprozess** in Gang setzen, notfalls **ohne die Zustimmung** der größten Oppositionsfraktion **CDU/CSU**. Vor allem die **CSU kocht** vor Wut. Ob es noch Änderungen gibt: völlig offen. Die Union hat bereits angekündigt, vor dem Bundesverfassungsgericht **Klage** einzureichen, sollte sie nicht „ins Boot“ geholt werden.

Nicht geklärt ist im verabschiedeten Eckpunktepapier der Wahlrechtskommission (siehe Link in der Fußnote unten), ob die **Grundmandatsklausel**, die besagt, dass eine Partei mit **drei gewonnenen Direktmandaten** nicht mehr die **Fünf-Prozent-Hürde** überspringen muss, um **Listenmandate** zu bekommen, auch im neuen Wahlrecht zur Anwendung kommt. Dies würde ggf. **zusätzliche Chancen** für **FREIE WÄHLER** eröffnen.

Der **Zwischenbericht** der Wahlrechtskommission wird am **30. August 2022** in einer virtuellen Sitzung ungewöhnlicherweise in der Sommerpause des Parlaments beraten. **Auf unser Betreiben hin**, sollen **Sitzungsunterlagen** anders als bisher zukünftig im Vorfeld der Sitzungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um den Beratungen **sinnvoll folgen** zu können. Mal sehen, ob es funktioniert.

¹ Gewinnt eine Partei in einem Bundesland Überhangmandate, können die Wahlkreissieger mit den schlechtesten Erststimmenergebnissen der jeweiligen Partei ihr Mandat nicht antreten, wenn keine Deckung durch Zweitstimmen vorliegt. Es findet dann eine „Zweit-zuteilung“ statt (möglich sind unterschiedliche Berechnungsmethoden) statt. Die CSU erhielt 2021 elf Überhangmandate und in elf Wahlkreisen hätten daher Kandidaten anderer Parteien das Wahlkreismandat erhalten. Siehe dazu ausführlich: https://freiewaehler-bw.de/wp-content/uploads/2022/06/Infobrief_11_Juni_2022.pdf

Quellen: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-07/wahlrechtsreform-ampelkoalition-bundestag-ueberhangmandate>; <https://www.bundestag.de/resource/blob/903330/498c43d8485fc6bf2511dc54d232d77e/K-Drs-029-Eckpunkte-zum-Zwischenbericht-data.pdf>; <https://www.tagesspiegel.de/politik/der-streit-um-die-geplante-wahlrechtsreform-gekappt-und-zugenaehet/28476224.html>

Ein Prosit auf bayerisches Verhandlungsgeschick

Regierungsbeteiligung sichert uns positiven Einfluss auf Bundesgesetzgebung

Im Mai berichteten wir über die Initiative von **Hubert Aiwanger** und der gesamten Bayerischen Staatsregierung, gegen die Einstellung der **Förderung** von **kleinen Wasserkraftwerken** durch Bundeswirtschaftsminister **Robert Habeck** vorzugehen. Jetzt teilte Aiwanger im Bayerischen Rundfunk mit: "Diese bayerischen Forderungen wurden auf den letzten Metern erfüllt. Unser hartnäckiger **Einsatz** auf allen Ebenen **hat sich gelohnt**." Der Bund folgte den Argumenten aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium. Andernfalls wäre die „kleine Wasserkraft“ als **einzige erneuerbare Energie** von der Vergütung über das EEG ausgenommen worden.

In Bayern gibt es rund **4.000 kleine Wasserkraftanlagen**. Laut dem Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke erzeugen sie jedes Jahr etwa eine Milliarde Kilowattstunden Strom ohne CO₂-Ausstoß, versorgen damit rechnerisch etwa **350.000 Haushalte** mit elektrischer Energie. Aber auch **Baden-Württemberg** besitzt rund **1.700** Anlagen mit einer Leistung bis zu einem Megawatt, die maßgeblich zur klimafreundlichen Stromversorgung beitragen.



Eine **zweite Erfolgsstory** betrifft die Steuerpolitik der Bundesregierung. Nach den Plänen der Bundesregierung soll **Bierwürze** zukünftig **steuerfrei** werden. Doch, wie das Handwerksblatt betonte, war dies vor allem unserem Bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger **nicht genug**: Erfolgreich gelang es ihm, im **Bundesrat eine Mehrheit** für eine Entfristung für **ermäßigte Biersteuersätze** für **kleine Brauereien** zu organisieren. Andernfalls wären die Steuervergünstigungen Ende 2022 ausgelaufen. **90 Prozent der Braustätten** haben einen Ausstoß von bis zu 50.000 Hektorlitern pro Jahr. Die **Bundesregierung** kündigte nach Aussage des Handwerksblattes an, die mehrheitsfähige Bundesratsposition **mitzutragen** und im weiteren parlamentarischen Verfahren zu unterstützen.

Beide Beispiele zeigen: Die **FREIEN WÄHLER** lösen das Versprechen ein, **Stimme der kleinen Unternehmer** und des **Handwerks** zu sein.

Und eine **Prognose** an dieser Stelle zum Abschluss: Unsere Forderung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke in der Energiekrise um einige Monate zu verlängern, wird bald Regierungspolitik sein!

Quellen: <https://www.wiesentbote.de/2022/07/13/bayerischer-umweltminister-und-pinzberger-mdl-thorsten-glauber-der-einsatz-fuer-die-kleine-wasserkraft-hat-sich-gelohnt/>;
<https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayerwald-kleine-wasserkraftwerke-werden-wohl-weiter->

Inflation ohne Ende!?

Ursachen und mögliche Wege aus der Sackgasse aus Sicht der FREIEN WÄHLER

Zur Einstimmung: Bei **8 % Inflation** sind **100 €** in **fünf Jahren** nur noch ca. **66 €** wert!
Nun hat die **Europäische Zentralbank (EZB)** endlich die lange erwartete **Änderung ihrer Zinsstrategie** begonnen und mit einer ersten Leitzinserhöhung von 0,5 % die Zinswende eingeleitet. Endlich, sollte man meinen, nimmt die Zentralbank ihre Hauptaufgabe wahr, nämlich die **Geldwertstabilität zu sichern**. Aber weit gefehlt. Mit dem gleichzeitig vorgestellten **TPI (Transmission Protection Instrument)** wird die **Inflation weiter gefördert**. Hierzu nachfolgend mehr.



Autor Ulrich Bossler,
Bezirksvorsitzender
Südwürttemberg

Zuerst **Ursachenforschung**, warum die Inflation in kurzer Zeit eine rasante Fahrt aufgenommen hat: Corona, Krieg, Energiepreise, etc. haben ihren Beitrag geleistet. Sie haben aber nur den „**Ketchup-Effekt**“, den die EZB zu verantworten hat, verstärkt. Die EZB hat jahrelang durch expansive und zinslose Geldpolitik und durch den Ankauf von Staatsanleihen vehement auf die offene Ketchup-Flasche geklopft, bis jetzt der große Schwall herauskommt. Anstatt die Ketchup-Flasche anzuheben, schaut sie nur **verdutzt aus der Wäsche** und klopft weiter auf die Flasche.

Wem **schadet die Inflation** am meisten? Denjenigen, die **bisher nicht oder kaum** mit ihrem verfügbaren Einkommen **zurechtkommen**. Staatliche Direktzahlungen wie z. B. **Heizkostenzuschüsse** wirken **nur temporär** und als Tropfen auf den heißen Stein. Leider wirken sie auch durch die Erhöhung der **Staatsschulden inflationstreibend**. Dies sollten sich die Politiker klarmachen, die meinen, durch immer **mehr staatliche Geldleistungen** können **Probleme** langfristig **gelöst** werden. Das **Gegenteil** ist der Fall. Es braucht **gezielte Maßnahmen** für die Hauptbetroffenen und nicht eine Energiepreispauschale auch für Hochverdiener oder 9-Euro-Tickets für alle.

Was ist TPI und warum wirkt TPI inflationsfördernd? Wenn innerhalb der **Eurozone Zinsunterschiede** für die **Staatsschulden** entstehen, dann soll die EZB durch **Ankauf von Staatsanleihen** dieser Länder die Marktmechanismen aushebeln können. Der Kapitalmarkt bildet normalerweise **unterschiedliche Risiken** von Schuldnern durch **unterschiedliche Zinssätze** ab. Das heißt, ein schlechter Schuldner muss mehr Zinsen zahlen als ein guter Schuldner. Und dies ist auch gut so, damit der Kapitalmarkt funktioniert. Die EZB kauft sich bei den **schlechten Schuldnern** ein, um diese zu **schonen**. Damit schickt sich die EZB an zur **größten Bad-Bank der Welt** zu werden, wenn sie dies nicht schon ist. Dass dies das Vertrauen in den **Euro** weiter erschüttert und damit den Wert des Euro weiter reduziert, dürfte klar sein.

Die EZB ist nicht unabhängig, so wie es die Statuten vorschreiben. Sie hat sich in eine **totale Abhängigkeit** von der Politik begeben. Sie erfindet ständig neue Programme, um die ausufernden Verschuldungsprogramme überschuldeter Staaten zu kaschieren.

Es gibt keine kurzfristige Lösung dieses Problems. Ein **zu schneller Zinsanstieg** würde **Rezessionsgefahren** heraufbeschwören. Es muss eine Strategie her, die einen **maßvollen Ausgleich** zwischen **Inflations- und Rezessionsgefahren** gewährleistet. Die aktuelle Strategie mit einem halben Schritt vorwärts (0,5 % Leitzinsanstieg) und gleichzeitig zwei Schritte zurück (Beispiel TPI) bringt keine Lösung.

Folgende Maßnahmen sind für eine langfristige Strategie zur Rettung der Geldwertstabilität umzusetzen:

- **Abberufung** der Politikerin und Juristin **Christine Lagarde** als EZB-Präsidentin
- Berufung einer Persönlichkeit mit volkswirtschaftlichem Sachverstand
- **Wiederherstellung der Unabhängigkeit** der EZB von der Politik
- **Abkehr** von der faktischen **Finanzierung von Staatsschulden** durch die EZB
- Wiederherstellung des Prinzips, dass **jeder Staat** für sich **selbst haften** muss
- Erarbeitung eines Abwicklungsmodells für **geordnete Staatsinsolvenzen**
- **Rückbesinnung** auf die Notwendigkeit **solider Haushaltspolitik** in allen EU-Staaten

Nur so ist der langfristige **Erhalt der Gemeinschaftswährung** EURO möglich und die Inflationsrate dauerhaft rückführbar. Wir sind sehr spät dran, bald ist es zu spät! Wir müssen uns schnell zu einer **Umkehr** entscheiden.

Photosynthese 2.0 zur Klimarettung – Ein Upgrade der Natur

EU setzt auf Carbon Farming / Deutsche Wissenschaft auf Grundlagenforschung

Zwei Methoden, **CO₂ unschädlich** zu machen und damit dem Klimawandel entgegenzutreten, wetteifern derzeit um Akzeptanz und Aufmerksamkeit:

Die **EU-Kommission** hat sich zum Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoss nicht nur zu begrenzen, sondern ebenso **CO₂ zu binden** – und zwar im Boden. Die Technik nennt sich „**Carbon Farming**“. So sollen für Europas **Bauern finanzielle Anreize** entstehen, mittels entsprechender Ackeranbaumethoden die **CO₂-Speicherfähigkeit der Böden** signifikant zu **erhöhen**. Erreicht werden soll das hauptsächlich, indem mehr Humus aufgebaut wird. Beispielsweise durch Zwischenfruchtanbau, aber auch durch Maschinen bei der Aussaat, wodurch die CO₂-Speicherung durch das Wurzelwerk über die Jahre steigen soll.

Kritik kommt von allen Seiten: Noch **mehr subventionierte Landwirtschaft**, die sowieso schon mit Milliarden unterstützt wird. Der Ansatz sei nicht nachhaltig und Effekte schwer messbar. Analysen von Carbon Farming in den **USA** haben gezeigt, dass **kaum messbare Erfolge** erzielt wurden und insbesondere große Farmen von den Unterstützungsleistungen profitiert haben.

Der Bayerische Rundfunk fragt dann auch: „**Carbon Farming: Sind Humus-Zertifikate Greenwashing?**“

Einen anderen, hochgradig **innovativen Weg** beschreiten **deutsche Forscher**. Sie wollen die **Photosynthese** revolutionieren. Pflanzen haben eine **wichtige Fähigkeit**: Sie können das Treibhausgas Kohlendioxid mit Hilfe von Sonnenlicht in andere Kohlenstoff-Verbindungen und Sauerstoff umwandeln (Photosynthese). Dieser Prozess könnte bei der Bewältigung des Klimawandels helfen, wenn es gelingt, das Treibhausgas CO₂ mithilfe des Sonnenlichts besser, genauer gesagt, effizienter zu binden als es die Pflanzen seit Jahrtausenden tun. Denn die **Natur arbeitet** vergleichsweise **langsam** und fehlerhaft, was den möglichen Ertrag der Photosynthese erheblich mindert.

Prof. Tobias Erb vom **Max-Planck-Institut** für terrestrische Mikrobiologie in **Marburg** und sein Team ahmen die natürliche Photosynthese im Labor nach. Dabei gelang es ihnen ein Verfahren zu entwickeln, das CO₂ noch besser einfängt als die Natur. Ein **Vielfaches effektiver** soll die künstliche Photosynthese sein als der Prozess in der Natur. Könnte dies im **industriellen Maßstab** gelingen, würde ein **wichtiger Baustein** gegen den vom Menschen verursachten **Klimawandel** entstehen.

Wie wichtig und bedeutsam die Forschung von Erb ist, unterstreicht jetzt der Gewinn des **Future Insight Prize 2022** des Darmstädter **Pharmakonzerns Merck**, der mit **einer Million Euro** außerordentlich gut dotiert ist. Deutsche **naturwissenschaftliche Grundlagenforschung** auf höchstem **Weltniveau**. Zukunftschancen auch für unsere **heimische Industrie**.

Quellen: <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/co2-speicher--kann-carbon-farming-das-klima-retten--32551968.html>; https://ec.europa.eu/clima/eu-action/forests-and-agriculture/sustainable-carbon-cycles/carbon-farming_en; <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/carbon-farming-sind-humus-zertifikate-greenwashing,T91HW60>; <https://euobserver.com/opinion/155538>; <https://www.mpg.de/18938207/hochkaratiger-preis-fuer-marburger-max-planck-forscher>

Verteidigung des Anstößigen – wider einer intoleranten Identitätspolitik

Ein Kampf, den FREIE WÄHLER annehmen sollten / Wir sind Betroffene

Die deutsche **Medienlandschaft** erlebte in den vergangenen Wochen wieder eine **Posse** der besonderen Art: Ein Schlagertext wurde zum **Hassobjekt** der selbsternannten Sittenwächter unserer Gesellschaft. „**Layla**“ heißt das Lied und die Lyrics sollen **Sexismus** in Reinform darstellen. Grüne Gleichstellungsbeauftragtinnen, sensible Stadtoberhäupter und feministische Medienlandschaft wettern gegen eine angeblich bewusste **Verherrlichung von Prostitution** und rufen nach **Auftrittsverböten**. Die Mehrheit der Bevölkerung schüttelt den Kopf und macht das Lied zum Sommerschlager schlechthin. **Verbotsaufrufe** werden ohne Zaudern ignoriert.

Die endlose Debatte in den digitalen und analogen Medien unterstreicht die **Diskrepanz** zwischen einer **milieugetriebenen Elite** und unserer **Mehrheitsgesellschaft**. Der Pop-Journalist

Jan Balzer bringt es in einem **NDR-Radiointerview** auf den Punkt: „Vielleicht kann man sich als Feuilletonist oder als öffentlich-rechtliche Kulturredaktion mal überlegen, was das eigentlich für ein Missverhältnis ist zwischen den Debatten, die wir so führen, in denen alles immer **differenzierter, antisexistischer, antipatriarchaler** erscheint und die Sprache immer verfeinerter und sensibler wird - und der erfolgreichste Song der letzten Wochen in Deutschland ist einer, der mit dem ganz groben patriarchalen Holzhammer draufhaut, als hätte man noch 1950. Es gibt offensichtlich mindestens **zwei verschiedene Öffentlichkeiten**: Die eine weiß von der anderen wenig, und die andere kümmert sich um die eine wenig.“



Es wäre zu wünschen, wenn die Diskussion über den **Ballermann-Song** endlich zu einer breiten Bewegung führt, die sich dem **Diktat** jener elitären Gruppe **von Meinungsmachern** nicht mehr unterwirft, die uns mit ihrer **gespielten Empörung** wiederholt erklären möchten, wie rassistisch, diskriminierend, sexistisch und homophob unsere Gesellschaft ist. Bisher speist sich der Widerstand gegen diese „Cancel Culture“, Moralapostel und Identitätspolitik² aus akademischen Quellen. Ob die schon im unseren Infobrief Nr. 10 zitierte Linkspolitikerin **Sarah Wagenknecht**, der amerikanische Linguistikprofessor **John McWhorer** oder der österreichische Philosoph **Robért Pfaller**: Sie alle – und viele mehr – vereinen sich in ihrer Abneigung gegen die heutigen „petrifizierten³ Identitäten“. Pfaller sieht sich als „**Verteidiger der Anstößigkeit**“, wie DIE ZEIT formuliert. Wie Wagenknecht kanzelt er den modernen Linksliberalismus ab: „Sie hüten ihre Identitäten wie einst die **Spießler** ihre Vorgärten“.

Doch was hat das alles mit den FREIEN WÄHLER zu tun? Unsere Stärke erhebt sich aus der kommunalen Basis, aus der Verbundenheit mit den Menschen vor Ort! Was kümmern uns vermeintlich weit entfernte gesellschaftspolitische Fragen? Die Antwort ist eindeutig: **viel, und stetig mehr.**

Es waren **Kommunalpolitiker**, die sich – oftmals auf Druck – dazu entschieden haben, von **Volksfestbetreibern** zu fordern, den Song **nicht zu spielen**. Und der Druck auf unsere Bürgermeister, Gemeinderäte oder Stadtteilverantwortliche kann steigen, bestimmte Referenten zu Diskussionen nicht zuzulassen, Aufführungen zu verbieten oder Einfluss auf das Programm von Veranstaltungen auszuüben. **FREIE WÄHLER müssen Haltung zeigen**, wenn es um unsere **demokratischen und partizipatorischen Freiheiten** geht. Wir stehen auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft. Im linksliberalen Milieu gibt es Stimmen, die es für legitim halten, „**andere zu belehren**“, wie es die Berliner Sozialwissenschaftlerin **Naika Foroutan** ausspricht. Der **Verlust** von Freiheit kommt **schleichend**. Er kann alle Felder des menschlichen Lebens betreffen: **Meinungsfreiheit, Kleidung, Nahrung, Verkehrsmittel**. Die Felder der Bevormundung und Belehrung sind somit vielfältig und nicht auf Ballermann-Songs begrenzt:

² Identitätspolitik bezeichnet eine Zuschreibung für politisches Handeln, bei der Bedürfnisse einer spezifischen Gruppe von Menschen im Mittelpunkt stehen. Angestrebt werden höhere Anerkennung der Gruppe, die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Position und die Stärkung ihres Einflusses. Um die Mitglieder einer solchen Gruppe zu identifizieren, werden kulturelle, ethnische, soziale oder sexuelle Merkmale verwendet.

³ petrifiziert = versteinert

Der Fall Marie-Luise Vollbrecht (Berlin)

Aktivisten vom *Arbeitskreis kritischer Jurist*innen* der Berliner Humboldt Universität übten Druck auf die Hochschulleitung aus, einen **Vortrag** der Biologin Marie-Luise Vollbrecht **aus dem Programm zu nehmen**, weil ihnen die Ansichten der Wissenschaftlerin über Biologie und der **Evolution der zwei Geschlechter** nicht passten. Grund der Kritik: Sie habe eine feindselige Haltung gegenüber Transsexuellen. Vollbrechts These: Es gibt beim Menschen nur zwei Geschlechter und diese werden bis zum Lebensende beibehalten.

Schlimmer erwischte es die britische **Philosophin Kathleen Stock**. Sie trat von ihrer Professur zurück, nachdem Transgender-Aktivisten gegen Stock agitierten, sie an der Hochschule terrorisierten oder mit **Morddrohungen** konfrontierten. Die Wissenschaftlerin an der Universität Sussex argumentierte in gleicher Weise wie Marie-Luise Vollbrecht, dass Menschen ihr biologisches Geschlecht nicht ändern können. Die Transgender-Community vertritt hingegen die Vorstellung, dass Geschlecht stets auch ein soziales Konstrukt sei.

Der Fall Ronja Maltzahn (Münster)



Beispielfoto, Bild von Vladimir Buynevich auf Pixabay

Ronja Maltzahn ist eine **deutsche Sängerin**, Songschreiberin und Multiinstrumentalistin. Ihr wurden ihre **Dreadlocks**, also eine Frisur aus verfilztem Haar, zum Verhängnis. Der **Auftritt** der Münsteraner Musikerin bei einer *Fridays for Future*-Demonstration in Hannover wurde **abgesagt**. Der Grund für die Absage? Bei weißen Menschen, so die Begründung von *Fridays for Future*, sei diese Frisur eine Form der **„kulturellen Aneignung“** und daher inakzeptabel. Locks seien erst durch die Versklavung schwarzer Menschen aus afrikanischen Ländern und Indien in die USA gebracht worden, wo sie später in **Bürgerrechtsbewegungen** schwarzer Menschen zum **Widerstandssymbol** wurden. Mit dem Tragen von Locks ging also Unterdrückung einher – und die Frisur ist Symbol des Widerstandes. Wenn weiße Menschen diese Art Frisur tragen, sei es eine Form von Rassismus.

Der Fall Jo Riffelmacher (Hamburg)

Ein weiterer Fall angeblicher **kultureller Aneignung** betrifft Jo Riffelmacher. Als der Hamburger **Gastronom** in seinem lateinamerikanischen Restaurant **„echte Tacos wie in Mexiko“** versprach, hagelte es in den sozialen Medien einen **Shitstorm**. Er und sein Partner hätten sich eines Aktes der „Kulturellen Aneignung“ schuldig gemacht, hieß es. **Ein deutscher Johannes** könne nicht einfach seine Tacos als „Original“ bezeichnen. Riffelmacher gab klein bei: Das Lokal wirbt jetzt nur noch mit einer **„lateinamerikanisch inspirierter Küche“**. Riffelmacher & Co kamen möglicherweise in den Focus der Gourmetkritiker, weil das Hamburger Morgenblatt ihnen den Titel der **„Coolsten Chefs Hamburgs“** verlieh. Zuviel für Vertreter der „cultural appropriation“.



Bild von Werner Strube auf Pixabay

Ging es bis vor kurzem eher um die Frage, ob ein **Zigeunerschnitzel** auch so heißen darf oder ob es nicht gegenüber den Sinti und Roma **diskriminierend** sei, ein Gericht so zu nennen, geht es in der zweiten Runde der Debatte um den **Status des Kochs**: Darf ein Deutscher Gerichte anderer Kulturen zubereiten oder ist dies eine Anmaßung gegenüber den **Herkunftsländern**? Frei nach dem Motto: Wer nicht als Mexikaner aufwächst, kann auch keine mexikanischen Gerichte kochen; so einfach kategorisieren das Aktivisten.

Was hat das alles mit den FREIEN WÄHLERN zu tun?

Wo sind sie hier betroffen? Besitzen diese gesellschaftlichen Diskussionen Relevanz für die politische Arbeit der **FREIEN WÄHLER**? Die Antwort ist „Ja“. Seit knapp einem Jahr regieren Rote und Grüne in Berlin und treiben einen **Wandel des gesellschaftlichen Diskurses** von oben voran. Statt kritischer Reflexion gewinnen **Glaubensbekenntnisse** die Oberhand, die sich bekanntermaßen **nicht hinterfragen** lassen. Einzelne Mosaikstücke fügen sich zu einem Gesamtbild **schwindender Toleranz** und Vielseitigkeit zusammen.

Dies wird auch Folgen für die Parlamentsarbeit haben, die insbesondere auch in die **kommunalen Gremien** getragen werden. Es braucht nicht viel Fantasie, sich eine grün-rot dominierte Stadt wie Heidelberg vorzustellen, die Autos aus der Innenstadt komplett **verbannt**, Parkhäuser schließt, von Veranstaltern von Volksfesten verlangt, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, **ausgewählte Lieder nicht zu spielen** und nur bestimmte Speisen anzubieten oder die Unileitung in ihrem Bestreben unterstützt, **nicht konforme Referenten** vom akademischen Diskurs **auszusperren**.

Als liberal-konservative politische Kraft dürfen wir **eine solche Entwicklung nicht dulden**, und der Auftrag lautet, sich **dagegen aufzulehnen**. Wir stehen auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft und stellen uns gegen die neue intolerante Identitätspolitik.

Vorwurf des latenten Rassismus und Toleranz bei islamistischem Antisemitismus

Mit der Wahl **Ferda Atamans** zur Antidiskriminierungsbeauftragten durch den Deutschen Bundestag Anfang Juli 2022 gewinnt die Debatte um Diskriminierung und **Rassismus eine zusätzliche Dimension**. Ihre Wahl steht für **den institutionalisierten Vorwurf** eines **latent vorhandenen Rassismus** in der deutschen Mehrheitsgesellschaft, der am links-grünen Rand des politischen Spektrums gepflegt wird. Bestes Beispiel für diese Haltung ist die Debatte um die Behandlung von Corona-Patienten in überfüllten Intensivstationen, in der Ataman gegenüber der Tageszeitung **DIE WELT** ihren Tweet „Ich habe irgendwie eine Ahnung, welche Bevölkerungsgruppen in Krankenhäusern zuerst behandelt werden, wenn die Beatmungsgeräte knapp werden“, zu relativieren versuchte: „... viele Menschen aus **Einwandererfamilien** treibt **die Angst vor Rassismus** um, auch in der Corona-Krise. Sie denken darüber nach, welche Folgen institutioneller Rassismus in einem **drohenden Ausnahmezustand** haben kann.“

Deutsche Feministinnen werfen der Publizistin mit türkischen Wurzeln vor allem vor, sie „**verharmlose** Probleme wie **Zwangsverheiratung** und den **politischen Islam**. Und sie verhöhne KritikerInnen dieser Probleme“, wie die Zeitschrift EMMA formuliert.



Migranten, Flüchtlinge und Einwanderer sind in dieser Weltsicht in allen Lebenslagen immer nur Opfer einer weißen Mehrheitsgesellschaft. Negatives Verhalten, Handeln als Täter wird dagegen geleugnet, bestenfalls bagatellisiert oder schlichtweg als rassistische Diskriminierung verunglimpft. **Linda Teuteberg**⁴ nennt dies „**spaltende Identitätspolitik**“. Dennoch wählten viele Liberale im Bundestag die umstrittene Journalistin.

Motive für einen Mord können **Habgier, das Verschleiern einer Straftat, Eifersucht oder auch verletzter Familienstolz** sein. Letzteres wird gewöhnlich als „**Ehrenmord**“ bezeichnet. Die Bezeichnung „Ehrenmord“ für Tötungsdelikte aus verletzter Familienehre sei rassistisch, weil, „die Bezeichnung ‚Ehrenmord‘ ... nur für Taten **muslimischer, kurdischer oder jesidischer Männer** benutzt werde, hingegen man bei weißen Männern von Trennungsmorden, Beziehungsdramen oder Verzweiflungstaten spreche“, wie die Linguistin und **Rapperin Reyhan Şahin** in DIE ZEIT ungeniert behauptet.

Der italienische Journalist **Federico Rampini** klagte letztes Jahr die renommierte *New York Times (NYT)* nach einem Mord an einem weißen Studenten durch ein Gang-Mitglied an. Die Redakteure der Zeitung würden aus ideologischen Gründen, Taten von Afroamerikanern verharmlosen. Dabei ist die NYT schon seit längerem **in Verdacht** geraten, **unterschiedlich zu gewichten**. Und bei der Auseinandersetzung fallen dabei die gleichen Stichworte wie in der deutschen Debatte: Die Redaktion gefalle sich zunehmend in der **linksliberalen Meinungsblase** und es habe sich eine **wachsende Militanz** der Identitätspolitik ausgebreitet.

Unterschiedliche Beurteilung von Sachverhalten kennzeichnet auch die deutschen Eliten. Wie sonst kann das **zögerliche Handeln** gegen den aus **islamistischer Gesinnung** zur Schau gestellten Antisemitismus auf der **Kasseler Documenta fifteen** erklärt werden, wenn ansonsten von der politischen Linken immer **keine Toleranz** bei Rassismus und Antisemitismus von rechts gefordert wird. Unter dem **Deckmantel** von Kunstfreiheit werden offen **Ressentiments gegen Juden** zur Schau gestellt. Statt schnell und eindeutig die Kunstwerke zu entfernen, winden sich die Verantwortlichen und relativieren die eindeutig antisemitischen Vorwürfe. „Nicht strafrelevant“, heißt es aus Documenta-Kreisen. Bei so viel **Unbelehrbarkeit** bleibt nur eine Konsequenz: Die Documenta fifteen muss abgebrochen werden.

Der **Rassismus-Hammer** belastet die Gesellschaft und ist Ursache von Angst vieler Menschen, sich kritisch zu äußern. Die **Mehrheitsgesellschaft** wird **mundtot** gemacht. In einer Umfrage aus

⁴ Bild:Olaf Kosinsky <https://kosinsky.eu/> free licence CC BY-SA 3.0-de

dem letzten Jahr waren 45 Prozent der Bevölkerung der Auffassung, sie könnten ihre Meinung nicht mehr frei äußern.

Auch hier: Die **FREIEN WÄHLER** sollten das **vermeintlich Anstößige verteidigen**. Nicht immer einfach, wenn die regierenden politischen Eliten unser **Land gesellschaftlich umkrepeln** wollen. Immerhin haben sie in der Legislaturperiode noch drei Jahre Zeit dazu.

Quellen: <https://www.ndr.de/kultur/musik/Debatte-um-Song-Layla-Wie-sexistisch-ist-der-Ballermann-Hit,layla100.html>;
<https://taz.de/Linkliberale-und-Identitaetspolitik/!5652406/>; <https://www.zeit.de/2022/21/zwei-enthuellungen-ueber-die-scham-robert-pfaller>; <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/biologin-vollbrecht-kuendigt-rechtliche-schritte-an-18177714/die-biologin-marie-luise-18177751.html>;
<https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/debatte/hu-biologe-ruediger-krahe-der-streit-um-zweigeschlechtlichkeit-ist-so-unnoetig-wie-ein-kropf-li.243826>;
https://rp-online.de/panorama/wissen/wissensdrang/die-feministische-professorin-kathleen-stock-legt-ihr-lehramt-an-der-universitaet-sussex-nieder_aid-63964039; <https://www.zeit.de/2022/21/kulturelle-aneignung-essen-debatte-kueche>;
<https://www.mdr.de/nachrichten/podcast/interview/audio-teuteberg-lehnt-ataman-ab-100.html>;
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-08/ehrenmord-femizid-berlin-mord-debatte-begriff-moralvorstellungen>; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article206755079/Corona-Eine-Ahnung-welche-Bevoelkerungsgruppen-zuerst-behandelt-werden.html>; <https://www.emma.de/artikel/ferda-ataman-339589>;
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/allensbach-umfrage-zur-meinungsfreiheit-heute-gibt-es-100.html>;
<https://www.zeit.de/2021/53/identitaetspolitik-journalismus-new-york-times-mord-berichterstattung-kritik>;
<https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/documenta-antisemitismus-eklat-kassel-100.html>